

GUATE-NETZ

Infobulletin Guatemala-Netz Zürich

22. Januar 2018 Nr. 58

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Guatemala hat ein unruhiges Jahr hinter sich. Korruption und Straflosigkeit sind die alles beherrschenden Themen, in die die gesamte Regierung inklusive Präsident involviert sind. Die politische, militärische und wirtschaftliche Elite gerät immer mehr unter Druck und versucht ihre gefestigte Macht auszudehnen und sich Straflosigkeit für ihre Taten zu sichern.

In diesem Sinne geht es auch 2018 weiter. Ebenso geht der Kampf eines Grossteils der Guatemaltekinen und Guatemalteken für ihre Rechte auf ein menschenwürdiges Leben weiter. Dies schildern die Überlegungen von Lucía Ixchú, welche wir gekürzt wiedergeben.

Ende November konnten wir MenschenrechtsverteidigerInnen in Genf treffen, auch sie erzählen uns über ihr Leben und ihren Kampf.

Im Februar wird eine Delegationsreise nach Guatemala aufbrechen. Ihre Erwartungen an diese beschreibt uns Michèle Jöhr.

Mitte 2017 konnten wir eine Maya-Gemein-

de der Ch'orti' aus Zacapa durch unseren Fonds für MenschenrechtsverteidigerInnen unterstützen. Ihre Geschichte ist exemplarisch und zeigt auf, wie komplex sich der Konflikt um Land und Gerechtigkeit in Guatemala gestaltet.

Es gibt immer wieder kleine Lichtblicke, die Guatemala aus der Spirale von Gewalt und Unterdrückung herausfinden lassen. Diese Hoffnung, die wir in Gesprächen mit Guatemaltekinen und Guatemalteken immer wieder erfahren, möchten wir Ihnen weiterleiten.

Lolita Chávez, Angélica Choc, Reyna Mateo, Cécilia Mérida und andere erzählen uns immer wieder, wie froh sie sind, dass ihre Stimmen bis in die Schweiz gelangen. Es sei wichtig, einander zu inspirieren und Kraft zu geben und ihren Kampf mitzutragen.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine interessierte Lektüre und hoffen, dass diese Hoffnungsschimmer durchscheinen.

Barbara Klitzke



Die Prüfungskommission beantragte dem Kongress im September die Aufhebung der Immunität von Präsident Jimmy Morales. Die Kongressabgeordneten stimmten dagegen.

Foto: Simone Dalmasso. plazapublica.com.gt

500 Jahre Enteignung, Entrechtung und Unterdrückung

Das Jahr 2017 war für viele GuatemalteKInnen geprägt von Schreckensnachrichten und der Aufdeckungen von Korruptionsskandalen. International wahrgenommen wurde der Brand in einem Kinderheim, bei dem 41 Mädchen starben und der unrühmliche Versuch des Präsidenten, den Leiter der Internationalen Untersuchungsbehörde gegen Korruption CICIG des Landes zu verweisen. Obwohl der Ruf der Bevölkerung nach dem Rücktritt des Präsidenten und der korrupten Kongressabgeordneten nicht verhallt, ist Jimmy Morales weiterhin Präsident. Er und eine Vielzahl von ParlamentarierInnen verstecken sich hinter ihrer politischen Immunität, um sich einer Strafverfolgung zu entziehen.

Nichtsdestotrotz kämpfen die um ihre Rechte streitende Menschen weiter. Wie uns Lolita Chávez an der Veranstaltung vom 30. Oktober erzählte, sind es meist Indigene, von Armut betroffene Familien, die sich wehren, aber vor allem Frauen, die dazu noch explizit als Frauen bedroht werden. Lucía Ixchiú erzählt uns, wie sich dieses Muster über viele Jahrhunderte hinweg halten kann. Wie sich ähnliche Geschehnisse vor 500, vor 100 und nicht zuletzt vor 30 Jahren während des gewaltsamen Konflikts wiederholen und sich den gleichen Strategien von Krieg und Unterdrückung bedienen. Sie schrieb vor drei Monaten in der „prensa comunitaria“ über die Vertreibungen im Polochic Tal:

„Guatemala hat einen schwerwiegenden Konflikt zur Landverteilung, und dies schon seit der Kolonialzeit. Der Konflikt verstärkte sich (im 19. Jh.) mit der liberalen Reform und perfektionierte sich während des bewaffneten Konflikts (1960-1996). Die Verteilung des Landes wurde masslos über das ganze Land hinweg von Oligarchen durchgeführt, indem ganze indigene Gemeinden massakriert und vertrieben wurden. Das Tal des Polochic in Alta Verapaz und in El Estor in Izabal, wie auch andere Regionen Guatemalas, weisen grosse Wasserressourcen und Mineralien auf, weit verteilt über grossflächige indigene Territorien. Dieses Land ist von grossem kommerziellen Interesse für Unternehmen und für grossflächige Monokulturen. Tausende von grossen Ländereien wur-

den von nationalem Land zu Konzessionen für ausländische Investitionen umgewandelt – diese Methoden halten sich bis heute.

Hunderte von Gräueltaten wurden in diesen Regionen durch das Militär verübt. Das Land von vielen ausradierten indigenen Gemeinden ging in den Besitz von hochrangigen und mittleren Kadern des Militärs über. Panzós und Alta Verapaz trauern noch heute um ihre MärtyrerInnen und den vor 39 Jahren massakrierten Menschen. Auch beim Massaker von Panzós ging es um Land. Vor, während und nach dem Krieg wurden viele Personen in diesen Regionen gezwungen, als „Leibeigene“ zu arbeiten – Praktiken, die an Sklaverei erinnern und bis heute von den GrossgrundbesitzerInnen mit der Anstellung von billigen Arbeitskräften weitergeführt werden. Denn durch Irreführung wird den ArbeiterInnen von den Patrons versprochen, dass nach einer gewissen Anzahl von Jahren das Land in ihren Besitz übergehen würde. Tausende von Menschen arbeiten mit diesen Versprechen, ohne einen Lohn oder Lebensmittel zu erhalten. Die GrossgrundbesitzerInnen hingegen werden reich und reicher.

Dies ist eine sehr verkürzte Form, um die Landproblematik und verschiedene andere Konflikte in Guatemala zu erklären. Diese Praktiken der Sklaverei von GrossgrundbesitzerInnen sind voller „Gewissenskäufe“ des Staates und seiner drei Gewalten. Straflosigkeit und Korruption werden durch die Kriminalisierung der Bauern und Bäuerinnen gestärkt, die sich wehren und einsetzen für ihre Rechte auf Land, Wasser und Leben. Durch die nationale Konjunktur verstärkt, hat die Wirtschaft in den letzten Monaten Hetzjagden und Strafverfolgungen von Bäuerinnen und Bauern aufgenommen, in denen diese als TerroristInnen bezeichnet werden. Mit dem Diskurs, ihr Agieren diene dem Schutz der Institutionen, wird ein tiefgründiger Rassismus überdeckt. Seit dem Friedensvertrag von 1996 wurde in den mehrheitlich indigenen Territorien, in denen Massaker und Vertreibungen in verschiedensten Ausführungen stattfanden, eine Ausbeutung durch Monokulturen und Megaprojekte eingeleitet und über Freihandelsverträge und ei-

ner Stärkung der Wirtschaft umgesetzt. Diese kolonialen Praktiken dienen der Perfektionierung des Kapitalismus und Neoliberalismus. Die indigenen Völker und Mestizen haben sich durch die Plünderungen ihrer Kultur, ihres Lebens und ihrer Territorien nicht unterkriegen lassen. Einige haben sich als Widerstandsterritorien deklariert und kämpfen gegen die gewalttätige Durchsetzung von Megaprojekten. Sie zahlen einen hohen Preis dafür, oft auch mit dem Leben.“

Gekürzte Übersetzung eines Berichts von Lucía Ixchú in prensa comunitaria vom 8.10.17

Nachtrag

Im November wurden zwei Gemeinden in Alta Verapaz und Izabal gewalttätig vertrieben. Dabei wurden ihre Häuser und Felder niedergebrannt. Viele sind in die Berge geflüchtet, einige sind in Nachbargemeinden und bei befreundeten Familien untergekommen. Insgesamt wurden 2017 über tausend Familien gewaltsam aus ihren Dörfern vertrieben. Hinzu kommt, dass Hunderte von AnführerInnen, die sich für ihre Rechte einsetzen, strafrechtlich verfolgt werden. Dutzende sitzen in Untersuchungshaft, wie Abelino Chub, der seit einem Jahr im Gefängnis ist, weil er sich gegen die Ver-



Die Gemeinde Chab'íl Ch'och' wurde am 2. November 2017 gewaltsam von Hunderten von Polizisten und Angestellten des Grossgrundbesitzers vertrieben. Ihre Häuser und Felder wurden von tausenden bewaffneten Angestellten des Grossgrundbesitzers Lainfiesta in Brand gesetzt. Links vorne geht der Vorarbeiter des Grossgrundbesitzers.

Foto: cmiguate.org

treibung seiner Gemeinden in Livingston in Izabal durch einen Zuckerrohrbaron gewehrt hat. Viele berichten, es sei wie zu Zeiten des Krieges. Die Regierung wird von internationalen und nationalen Organisationen angehalten, ihren BürgerInnen das Recht auf Leben und Arbeit zu gewährleisten, doch sie übergeht alle Forderungen und hält die Betroffenen mit Zusagen hin, auf die keine Aktionen folgen. Der nicht mehr so stille Krieg der nie entmachteten Oligarchie, bestehend aus Militär, Wirtschaft- und politischer Elite, geht weiter.

Barbara Klitzke

Unterwegs für mehr Solidarität

Delegationsreise Guatemala

Die Guatemalanetze Bern und Zürich organisieren im Februar 2018 eine zweiwöchige Delegationsreise nach Guatemala. Im Zentrum stehen Besuche und Austausch mit MenschenrechtsaktivistInnen und –organisationen in Guatemala Stadt sowie in den Regionen Huehuetenango und San Marcos. Insgesamt werden zwölf Personen aus der Deutschschweiz nach Guatemala reisen. Wir haben eine Teilnehmerin, Michèle Jöhr aus Bern, nach ihren Beweggründen und Erwartungen gefragt.

Warum hast du dich für die Reise entschieden?

Ich war 2013 für drei Monate mit Peace Watch Switzerland als Menschenrechtsbegleiterin im Einsatz und habe dadurch einen speziellen Bezug zu Guatemala. Seit zwei Jahren bin ich auch im Vorstand des Guatemalanetzes Bern. Im Alltag in der Schweiz bin ich oft von Arbeit und anderen Dingen absorbiert und was in Guatemala passiert, rückt etwas in den Hintergrund. Die Reise ist für mich eine ideale Gelegenheit, mich zwei Wochen intensiv mit der Menschenrechtslage in Guatemala auseinanderzusetzen, Informationen von Betroffenen direkt vor Ort zu erhalten und Solidarität zu zeigen. Ich denke, dieser Austausch ist nicht nur sehr wertvoll für die Arbeit im Vorstand des Guatemalanetzes, sondern auch eine persönliche Bereicherung.

Was werdet ihr während den zwei Wochen in Guatemala unternehmen?

Wir haben ein ziemlich volles Programm. Wir werden verschiedene Organisationen und Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten besuchen – wovon die meisten aufgrund von Megaprojekten oder Landkonflikten für ihre Rechte kämpfen. Zum Beispiel steht ein Besuch in der Gemeinde La Puya an, wo die BewohnerInnen friedlichen Widerstand gegen eine Goldmine leisteten. Die Folge waren Bedrohungen, Kriminalisierung und Gewalt. Wir werden auch in die Regionen Huehuetenango und San Marcos reisen. Auch dort erleidet die hauptsächlich indigene Bevölkerung Repressionen, weil sie sich gegen den Bau von Wasserkraftwerken wehrt. Schliesslich werden wir auch einen grossen Teil der Reise in

Guatemala Stadt verbringen, weil sich dort die Büros vieler wichtiger Organisationen befinden.

Kritische Stimmen würden vielleicht sagen, du machst eine Art von Armutstourismus. Du gehst immerhin – krass ausgedrückt – zwei Wochen in die Ferien, um dir das Elend der Leute anzuschauen.

Ich fahre nicht nach Guatemala, um mich durch einen Slum führen zu lassen und zu sehen, wie wenig die Leute haben. Klar kann man sich fragen, was es denn bringt, wenn ein paar SchweizerInnen zwei Wochen nach Guatemala fahren. Ich denke, wir können mit dieser Reise Verschiedenes bewirken: Einerseits können wir als Guatemalanetze Bern und Zürich unsere Verbindungen zu den Organisationen in Guatemala stärken und eine wichtige Vernetzungsarbeit mit politischen Akteuren, Akteurinnen und NGOs in der Schweiz leisten. Andererseits können wir als Einzelpersonen unser Umfeld sensibilisieren, indem wir über unsere Erlebnisse berichten. Allein zu spüren, dass ihre Anliegen angehört und weitererzählt werden, gibt vielen Betroffenen Kraft und Mut, weiterzumachen.

Hast du Angst, dass eure Anwesenheit in Guatemala falsche Hoffnungen weckt?

Nein, eigentlich nicht. Wir haben diese Frage auch während unserem Vorbereitungstreffen diskutiert. So lange wir klar kommunizieren, habe ich keine Bedenken. Man darf auch nicht vergessen, dass wir Personen und Organisationen besuchen, die sich internationale Kontakte bereits gewohnt sind. Einige von ihnen waren ja auch schon zu Gast bei Veranstaltungen der Guatemalanetze oder kennen uns durch die Arbeit mit der „Plataforma Internacional contra la Impunidad en Guatemala“.

Gibt es etwas, worauf du dich besonders freust?

Da könnte ich vieles nennen. Ich freue mich auf spannende und inspirierende Begegnungen und generell, nach Guatemala zurückzukehren und zu sehen, was sich in den letzten Jahren verändert hat. Und natürlich auf frische Tortillas mit Frijoles ...

Michèle Jöhr

Treffen mit Menschenrechtsverteidiger und -verteidigerinnen

Am 29. November 2017 organisierten Toni Steiner und Philippa Mund von der Spurgruppe des „Foro Suizo für Menschenrechte und Frieden in Guatemala und Honduras“ ein informelles Treffen mit Menschenrechtsverteidigern und –verteidigerinnen aus Honduras und Guatemala. Wie jedes Jahr um diese Zeit findet in Genf das Forum für Menschenrechte und Wirtschaft der UNO statt. Die „Plataforma Internacional contra la Impunidad“ nutzt die Gelegenheit, um mit MenschenrechtsverteidigerInnen nach Genf zu kommen, damit diese in verschiedenen Foren und UNO-Kommissionen Bericht erstatten können. Die Ausbeutung von Rohstoffen auf indigenem Land hat einen invasiven Charakter angenommen, ganze Gemeinden werden vertrieben, viele AnführerInnen kriminalisiert und ins Gefängnis gebracht, Drohungen und Morde nehmen zu. Im Folgenden ein paar „Testimonios“ von den anwesenden Gästen aus Guatemala und Honduras:

Ana Victoria Ax ist eine junge vife Anführerin einer der vielen Gemeinden, die sich gegen die Wasserkraftwerke am Fluss Cahabón wehren. Eines oder zwei Wasserkraftwerke produzieren bereits Strom, aber das weiss man nicht so genau, weil keine Informationen von Seiten der Wasserkraftwerke kommen. Die Wasserkraftwerke versuchen, die Gemeinden untereinander und gegen einander aufzubringen. Wenn sie sich beklagen, dass der Fluss wegen des Wasserkraftwerks austrocknet, bedroht die Firma sie und geht nicht auf die Klagen ein. Die Bedrohungen haben massiv zugenommen. Bernardo Caal Xol, ein Anführer des Widerstands, sitzt wegen falschen Anschuldigungen über ein Jahr in Untersuchungshaft. Auch Ax wird bedroht und in gerät in Rage, als sie mir von den Einschüchterungsversuchen erzählt. Als Frau ist sie besonders gefährdet, denn auch ihre Kinder, ihre Familie werden bedroht. Sie hat einen schweren Stand und würde am liebsten den aktiven Widerstand abbrechen, denn an Leib und Leben bedroht zu werden, ist schwer auszuhalten. Sie könne sich nicht zurückziehen, erzählt sie mir auf meine Frage, ob sie noch genug Kraft habe, weiterzukämpfen. Denn würde sie aufhören, kämen Anschuldigungen aus ihrer Gemeinde, sie

hätte sich an das Wasserkraftwerk verkauft. Als sie von dieser doppelten Bedrohung seitens des Unternehmens und der Bevölkerung spricht, wird sie einen Moment lang ruhig, um kurze Zeit später wieder voller Energie weiter zu erzählen und zum Schluss des Treffens sagt sie in die Runde: „So wie die Unternehmen sich gegen uns, die Völker zusammentun, so müssen wir uns zusammentun. Wir müssen uns äussern und uns Kraft geben, denn alleine können wir nichts erreichen.“

Reyna Mateo aus Santa Eulalia in Huehuetenango erzählt davon, wie ihr Mann entführt und ermordet wurde. Daniel Pedro Mateo war ein indigener Anführer in Santa Eulalia. Vor vier Jahren wurde er entführt, gefoltert und ermordet. Reyna Mateo konnte das Geld für das Verfahren gegen den Mörder nicht aufbringen. Sie konnte sich die Fahrkosten zur Departementshauptstadt Huehuetenango nicht leisten. Der Mörder wurde für drei Jahre wegen Entführung verurteilt, weil ihm der Mord nicht nachgewiesen werden konnte. Reyna ist froh, dass sie hier die Möglichkeit erhält, über ihr Leid und über ihren Kampf zu berichten: „Wir können nicht überall offen sprechen und solche Räume des Vertrauens sind wichtig. Wir bringen die Stimmen unserer guatemalteckischen Kolleginnen mit, es sind viele, nicht nur ein paar Dutzend, und wir bräuchten mehr solche Möglichkeiten uns austauschen zu können, auch in unserer Heimat, in unseren Dörfern.“

Das Schlussvotum von Aurelia Arzú, einer Garífuna aus Honduras, fasst das Treffen bildhaft zusammen: „Wir sind ein Ästchen, hier, in Honduras und in Guatemala. Zusammen können wir uns stärken und anfeuern, denn wir kämpfen für etwas Gemeinsames, nämlich diese Welt, auf der wir leben. Ich gehe hoffnungsvoll zurück. Als wir nach Genf kamen, wussten wir nicht, wie die UNO funktioniert und dieser Austausch hat uns ermöglicht, zu beobachten wie sie funktioniert und was ihre Aufgaben sind. Ich nehme diesen Samen der Hoffnung mit nach Hause.“

Barbara Klitzke

Kriminalisierung des Chorti - Volkes

Weihnachten im Gefängnis

Statt mit ihren Familien verbringen José, Melvin und Ignacio ihre Festtage im Untersuchungsgefängnis Los Jocotes in Zacapa. Am 19. Mai 2017 wurden José Mendez Torres, indigener Bürgermeister von Corozal Arriba sowie der Schatzmeister der selben Gemeinschaft, Melvin Álvarez García, verhaftet. Am 9. Juni nahm die Polizei (PNC) in der Gemeinde La Unión, Departement Zacapa, Ignacio Sacarías Vasquez und bis Dezember 2017 vier weitere Dorfbewohner fest.

Die indigene Gemeinschaft Corozal Arriba in der Gemeinde La Unión, ist eine von vielen Ch'orti' Dörfern im Grenzgebiet zu Honduras und gehört zu einer Maya-Ethnie, die über 60'000 Menschen zählt. Corozal Arriba wird von COMUNDICH (Koordination von Verbänden und Gemeinschaften für die integrale Entwicklung der Ch'orti') begleitet. Der Kampf von Corozal Arriba und den anderen 47 Gemeinden, die in COMUNDICH zusammengeschlossen sind, geht um die Anerkennung als indigene Gemeinschaft und das

Recht, das Land ihrer Vorfahren zu nutzen, das diese bereits vor der Kolonialisierung bewohnten und bewirtschafteten. In jüngster Zeit dazugekommen, ist die Kriminalisierung einzelner Führungspersönlichkeiten.

Vorgeschichte

Die sieben Gefangenen werden des Mordes an Harrison Zuñiga beschuldigt. Die Tat erfolgte am Abend des 6. Juni 2013 in Corozal Arriba. Zuñiga, Schutzmann der Grossgrundbesitzerin Wilma Chew Casasola, war zusammen mit fünf anderen Männern und auf Anordnung von Chew Casasola, in die Gemeinde eingedrungen. Sie ist die Eigentümerin jener Ländereien, die die indigenen Gemeinde bewohnen und bewirtschaften. Am frühen Nachmittag desselben Tages wurden auch drei Mitglieder der Gemeinschaft umgebracht, kurz nach einer Versammlung zur Aufteilung von Landbesitz im Rahmen eines Rückerstattungsprozesses durch den Staat.

Die Grossgrundbesitzerin hatte bereits 2012 drei Mitglieder der indigenen Gemeinschaft Corozal Ar-



Protest der Ch'orti' beim Marsch des indigenen Widerstandes am 12. Oktober 2016.

Foto: Laura Kleiner

riba wegen Landraub angezeigt, um die Kontrolle über das umstrittene Territorium zu erlangen. Corozal Arriba wurde 2012 vom Gemeinderat als indigene Gemeinschaft anerkannt und ihnen wurde das der kollektive Landtitel zugesprochen. Vorgegangen war eine langwierige Aufarbeitung der Dokumentation, von Territorialgesetzgebungen bis zu Grundbüchern, die bis in das Jahr 1780 reichen.

Im September 2013 wurde eine Gesprächsrunde zwischen COMUNDICH, dem Grundbuchamt sowie zahlreichen lokalen und überregionalen Behörden veranlasst, um die Konflikte in den Ch'orti'-Regionen beizulegen. Nach mehreren Weitergaben der Kompetenzen liegt die Verantwortlichkeit der Gesprächsrunden mittlerweile beim Sekretariat für landwirtschaftliche Angelegenheiten, welches angibt, Dokumente des Verfahrens verloren zu haben, und einen Neubeginn der Gespräche unter geänderten Bedingungen anstrebt.

Kriminalisierung durch die Justiz

Die erste Anhörung von José Mendez Torres, Melvin Álvarez García und Ignacio Sacarias Vasquez fand am 12. Juni 2017 statt. Der Staatsanwaltschaft erhielt drei Monate Zeit für die Untersuchung. Die nächste Anhörung fand am 27. September 2017 statt. Bei jenem Gerichtstermin wurden die vorgelegten Beweise als genügend erachtet und die Eröffnung des Hauptverfahrens auf den 18. Oktober 2017 festgelegt. Die Eröffnung des Hauptverfahrens wurde jedoch kurzfristig und ohne Begründung auf den 24. Mai 2018 verschoben.

Hier zeigt sich, dass die übliche Prozessdauer eines Strafverfahrens kaum rechtsstaatlichen Grundsätzen genügt. In der Zwischenzeit hat die Staatsanwaltschaft 17 weitere Haftbefehle erlassen. Betroffen sind vor allem Personen mit einer besonderen politischen oder gesellschaftlichen Stellung in der Gemeinschaft. Mitglieder von COMUNDICH sprechen von einer „politischen Willkür, um die Comunidad zu schwächen und den Mord an den drei Mitgliedern zu verschleiern“. Viele von ihnen, darunter auch die drei Gefangenen, bestreiten, während der Tat in Corozal Arriba gewesen zu sein.

Nach Angaben der Angehörigen patrouilliert die Polizei regelmässig in Corozal Arriba und verbreitet unter den AnwohnerInnen ein Klima der Angst. Der soziale Zusammenhalt in der Comunidad ist

durch die Festnahmen der Führungspersonen und die Haftbefehle weiterer Gemeindemitglieder empfindlich gestört. Die Familien der Verhafteten haben durch den Einkommensausfall keine Möglichkeit mehr, ihren Lebensunterhalt zu decken und sind auf Hilfe aus der Comunidad angewiesen.

Währenddessen dringt die Anklage der Angehörigen der drei ermordeten Bewohner von Corozal Arriba nicht bis zur Staatsanwaltschaft durch. Seit drei Jahren wird in dieser Angelegenheit nur spärlich ermittelt. Am 30. November wurde der in der Sache ermittelnde Staatsanwalt, nach einem Disziplinarverfahren aufgrund ungerechtfertigter Verzögerung und Vernachlässigung fünf Tage suspendiert.

Schon während des Prozesses zur Rückerstattung ihres Territoriums, waren die BewohnerInnen von Corozal Arriba Einschüchterungen und Verfolgung ausgesetzt. Die letzten Vorfälle ereigneten sich im Oktober 2016 und im Dezember 2017. Im Oktober 2016 erschien eine Gruppe bewaffneter Männer während eines Treffens der indigenen Autoritäten von Corozal Arriba, bedrohte die Gemeindemitglieder und warnte sie davor, die Finca Marsella zu betreten. Dies, obwohl entsprechende Zugangsmodalitäten bereits im Jahr 2013 vereinbart worden waren. Im Dezember 2017 drangen erneut bewaffnete Unbekannte in die indigene Gemeinschaft ein und suchten mit Fotos nach Personen der Gemeinschaft, welche sie drohten, zu töten.

Anhand des Falles Corozal Arriba lassen sich sehr gut die Prinzipien der Kriminalisierung nachvollziehen. Es handelt sich dabei um ein Phänomen, welches auch in vielen anderen Ländern Lateinamerikas anzutreffen ist. Bei dieser Strategie wird versucht, die Organisation und Forderungen indigener Völker und von MenschenrechtsverteidigerInnen zu unterdrücken. Bei Landkonflikten üben staatliche wie nichtstaatliche Akteure die verschiedenen Formen der Unterdrückung, wie Einschüchterung, Verfolgung, Mord usw. aus.

Laura Kleiner

Unser Stipendienprojekt der LandarbeiterInnen in San Marcos

Auch 2017 profitierten insgesamt 24 junge Menschen (15 Frauen und 9 Männer) von unserer Unterstützung. Dank einem monatlichen Beitrag von 40 USD für Transport und Einschreibegebühren können sie ihr Studium am Gymnasium oder an der Universität weiterführen, zwei haben 2017 die Uni abgeschlossen. Oft tun sie dies neben anderen Verpflichtungen (Arbeit, Familie, Engagement in der Gemeinde), wie zum Beispiel die 25-jährige Evelyn Sales aus der Gemeinde Laguna Seca:

„Während der Woche helfe ich meiner Mutter. Ich verrichte die landwirtschaftliche Arbeit für unsere Familie, denn mein Vater ist gestorben. Ich bin froh, dass ich dank dem Stipendium die Möglichkeit habe, meine Schulbildung abzuschliessen. Mein Engagement innerhalb der LandarbeiterInnenbewegung besteht in der Arbeit mit den Kindern, für die wir regelmässig Aktivitäten organisieren. Die Zusammenarbeit und der Austausch in der Gruppe helfen mir, mich persönlich und sozial weiterzuentwickeln.“

So wie Evelyn beteiligen sich alle StipendiatInnen an den Aktivitäten des MTC in ihren Gemeinden, sei es, indem sie an Radioprogrammen mitmachen, den gemeinschaftlichen Gemüsegarten pflegen oder in der regionalen oder departementalen Leitung des MTC aktiv sind.

Save the Date: Mitgliederversammlung 2018

Um nicht einfach einen Samstag im Juni zu belegen, beschloss der Vorstand, die nächste MV auf den Abend eines Wochentags im Mai zu legen. Sie wird am **Donnerstag 24. Mai** in Zürich stattfinden. Schreiben Sie jetzt schon den Termin in Ihre Agenda.



Impressum:

Nr. 58, 22. Januar 2018

Erscheint 2-4 mal jährlich

Herausgegeben von: Guatemala-Netz Zürich

<http://www.guatemalanetz-zuerich.ch>

mailto: info@guatemalanetz-zuerich.ch

Redaktion und Layout: Barbara Klitzke

Administration: Silvia Brennwald

Josefstrasse 172, 8005 Zürich

mailto: silvia.brennwald@bluewin.ch

PC 87-674612-1

IBAN CH90 0900 0000 8767 4612 1

Solidarität – konkret

2017 trugen wir dazu bei, dass mehrere Frauen und Männer eine wirtschaftliche Notlage überbrücken konnten. Sie hatten den Mut sich mit ihren Gemeinden gegen die Raffgier nationaler und transnationaler Konzerne zu wehren und ihre Rechte einzufordern. Dies war möglich dank der Unterstützung durch Mitglieder aber auch durch Kirchgemeinden, Stiftungen und Vereinen aus dem Grossraum Zürich. Wir werden dazu einen Bericht verfassen, der im Frühling 2018 auf unserer Webseite unter „Downloads“ zu finden sein wird.

Verein Plataforma Internacional contra la Impunidad mit Sitz in Genf gegründet

In GN 56 hatten wir schon darüber berichtet, dass die Gründung eines solchen Vereins vorbereitet wird. Am 29. November war es dann soweit. Zu den Gründungsmitgliedern gehören nicht nur Organisationen aus der Schweiz – darunter auch das Guatemala-Netz Zürich – sondern auch aus Holland, Guatemala und Honduras. Wir wünschen sehr, dass dieser Schritt die internationale Aufmerksamkeit auf die schwierige Menschenrechtsslage in Zentralamerika verstärken wird.

Chaos in Honduras

Am 26. November fanden in Honduras, dem Nachbarland von Guatemala, Wahlen statt. Der bisherige Präsident Juan Orlando Hernández, der sich nach der nationalen Verfassung gar nicht um eine Wiederwahl hätte bewerben dürfen, tat es trotzdem. Es war klar, dass er mit allen Mitteln an der Macht bleiben wollte. Die Auszählung verzögerte sich - tagelang, wochenlang. Bald kam es zu Manifestationen, die der Präsident mit Armee und Polizei bekämpfte. Als ihn schliesslich die Wahlbehörde zum Sieger erklärte, beruhigte sich die Lage nicht. Die Organisation der Amerikanischen Staaten und die EU wie auch die Schweiz rieten zu einer Wiederholung der Wahlen. Doch die USA und die Regierung von Guatemala (!) anerkannten das „Wahlergebnis“. Wir sind sehr besorgt, was weiter in Honduras geschehen wird.

Guatemaltekkische Botschaft in Israel

Auch sonst wandelt Guatemala auf aussenpolitischen Abwegen: Als erster Staat will Guatemala der umstrittenen Entscheidung der USA folgen und seine Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen. Wann das geschehen wird, ist zur Zeit noch nicht klar und wohl auch nicht wichtig. Es zählt das Signal, das von der Ankündigung ausgeht. Guatemalas Botschaft in Israel war schon einmal in Jerusalem - bis 1980, als Israel den arabischen Ostteil der Stadt annektierte.